



II-2766 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
DR. FRANZ LÖSCHNAK

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

Zl. 353.261/13-I/6/87

29. Dezember 1987

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

11541AB

1987 -12- 29

zu 1190/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Höchtl und Kollegen haben am 5. November 1987 unter der Nr. 1190/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die Datensituation und die statistische Erfassung des Beschäftigtenstandes im öffentlichen Bereich zu verbessern?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Ich verfüge nur über Datenmaterial, das den Bundesdienst betrifft.

Von den Ländern und Gemeinden steht entsprechendes Datenmaterial nicht zur Verfügung.

Ich weise aber darauf hin, daß dem Bundesrechenamt nur jene Daten über Bundesbedienstete zur Verfügung stehen, für die es gemäß §§ 2 bis 4 des Bundesrechenamtsgesetzes, BGBl.Nr. 223/1978, die Bezugsliquidierung zu besorgen hat. Derzeit verfügt das Bundesrechenamt über Datenmaterial von etwa 180.000 Bundesbediensteten. Um die Einkommenssituation realistisch beurteilen zu können, wurde das beim Bundesrechenamt vorhandene Datenmaterial dem Österreichischen

- 2 -

Institut für Wirtschaftsforschung und dem Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Verfügung gestellt, um die Berechnungsmöglichkeiten im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und bei Einkommensvergleichen zu verbessern.

Ich bin aber bemüht, eine Harmonisierung der Auswertungen der Personalinformationssysteme von Post und ÖBB mit jenen des Bundesrechenamtes zu erreichen, sodaß eine einheitliche Übersicht über den Bundesbereich zur Verfügung stehen wird.

Franz W.